

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petition oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Dienstag, den 13. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Sozialdemokratie bei den sächsischen Reichstagswahlen.

Mit einem Gewinn von 10 Mandaten gegen das Wahljahr 1907 ist die sächsische Sozialdemokratie diesmal aus den Haupt- und Stichwahlen hervorgegangen. Aber diese Gegenüberstellung der 19 Sitze, die sie jetzt inne hat, mit den 9 von 1907 ist nicht der richtige Vergleichsmaßstab. Wir dürfen den Fortschritt dieser Wahl nicht an dem Tiefstand der Niederlage im Jahre des Hottentottenummels messen, wenn wir uns nicht selbst betrügen wollen. Wir müssen vielmehr zurückgehen auf die Zahlen des großen Siegesjahres 1903. Erst aus solchem Vergleich läßt sich erkennen, ob wir von einem Aufstiege der Sozialdemokratie Sachsens bei den Reichstagswahlen sprechen dürfen.

Wenn wir die Mandate ansehen, so könnt' es scheinen, als sei noch ein tüchtiger Abstand bis zur Höhe von 1903 zu überwinden. Denn damals fielen uns alle sächsischen Wahlkreise bis auf einen zu, nur ein Sitz verblieb den bürgerlichen Parteien. Diesmal haben sie vier behauptet: Aber die Mandate sind ein sehr unsicheres Zeichen der Parteistärke. Denn in den Stichwahlen hängt ja zumeist die Entscheidung weniger von der Kraft der um das Mandat ringenden Parteien ab, als von der Haltung der in der Hauptwahl ausgefallen. Das Mandat von Leipzig-Stadt gewannen wir 1903, weil ein Teil der damaligen Freisinnigen in der Stichwahl den Ausschlag gegen den alldeutschen Professor Hoff gab. Wir verloren es diesmal, weil die Fortschrittler schon im ersten Wahlgang für den angeblich linksnationalliberalen Dr. Sunk eintraten und der Ausschlag in der Stichwahl von den vereinigten Konservativen, Antisemiten und Mittelständlern gegeben wurde, die im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten. In Dschag-Grinna und Borna-Begau war 1903 die Sache ebenso; ein Teil der Wähler der Freisinnigen Vereinigung, die ja 1902 den Kampf gegen den Wucherer tapfer an der Seite der Sozialdemokratie mitgeführt hatte, ging auf unsere Seite über. Diesmal hat der Fortschrittler verfaßt, weil er nach Plauen schickte, wo der Fortschrittler Günther das einzige Mandat, das seine Partei in Sachsen eventuell halten konnte, gegen die Sozialdemokratie in der Stichwahl zu verteidigen hatte, die als einzige in Sachsen auf den 22. Januar anberaumt war. Half der Fortschritt am 20. in Dschag-Grinna und Borna-Begau die Konservativen und Freikonservativen fällen, so mußte er die Rache der Reaktionen am 22. in Plauen befechten. Und da ihm das Plauer Mandat höher stand als die Rücksicht auf die allgemeine politische Lage, so ließ er den Kampf gegen den schwarzblauen Block Kampf sein und umging eine reinliche Entscheidung. Was ihm allerdings in Plauen dann doch nichts geholfen hat. Baugen ist der Wahlkreis, den wir auch 1903 nicht eroberten. Auch hier gab diesmal der Fortschritt den Ausschlag. Seinen allerdings zu einem erheblichen Teil erst neu gewonnenen Wählern war vielfach der Antisemit lieber als der Sozialdemokrat. — Übrigens sind die Majoritäten, mit denen die Gegner in Dschag-Grinna und Borna-Begau gekämpft haben, sehr klein. Im letzteren Wahlkreise ist der Reichsverbandsgeneral v. Liebert mit nur 23 Stimmen Mehrheit durchgeschlüpft. In Baugen ist der Abstand von der Stichwahlstimmenzahl des Antisemiten erheblich geringer geworden als 1903. Der Ausfall der Stichwahlen und die Mandatszahl sind also keine Momente, die den Fortschritt der Sozialdemokratie in Sachsen verkleinern könnten.

Die Stimmenzahl der sächsischen Sozialdemokratie stellt sich nach den amtlichen Feststellungen noch um etwas größer heraus, als wir in dem Artikel „Die Wiedereroberung Sachsens“ auf Grund der vorläufigen Wahlergebnisse berechneten. Es ergeben sich 513 216 sozialdemokratische Wähler. Die bürgerlichen Stimmen betragen 420 333, der Vorprung der Sozialdemokratie ist also 92 883, während sie 1907 um 25 943 gegen den bürgerlichen Haufen zurückstand. Sie hat ihre Stimmenzahl von 1907 um 94 646, die von 1903 aber um 71 425 überschritten. Freilich ist sie im Verhältnis zur bürgerlichen Wählerschar nur im Vergleich mit 1907 gewachsen, hat aber den Stand von 1903 noch nicht ganz wieder erreicht. In absoluten Zahlen stellt sich das so dar: 1903 betrug der Vorprung der sozialdemokratischen Stimmen vor den bürgerlichen 132 732, bei den jetzigen Wahlen 92 883. In Prozenten ausgedrückt besagt es, daß die sozialdemokratischen Wähler 1903 58,84 Prozent aller Abstimmenden ausmachten, 1912 aber 54,97 Prozent. Dieses Fallen des Prozentfaktes ist indes, wie die Wählerbewegung zeigt,

kein Zeichen zurückgehender Werdekräft unserer Partei. Hat sie doch seit 1907 mehr Stimmen gewonnen, als in dieser Zeit die Wahlberechtigtenzahl gewachsen ist. Denn während deren Steigerung 90 253 beträgt, beläuft sich die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen, wie oben angegeben auf 94 646. Das Fallen des Prozentfaktes ist vielmehr auf das Steigen der Wahlbeteiligung zurückzuführen, das seit den Hottentottwahlen eingetreten ist. Den Hochstand von 1907 hat sie allerdings diesmal nicht ganz behaupten können. Er betrug damals 89,7 Prozent, diesmal 88,41 Prozent. Der Rückgang ist nicht erheblich. Sedenfalls übertrifft die Wahlbeteiligung von 1912 die von 1903 wesentlich, denn in jenem roten Siegesjahre stimmten nur 83 Prozent der Wahlberechtigten ab. Der Umstand, daß sich die Wahlbeteiligung nur um ein Weniges gegen 1907 gesenkt hat, daß sie erheblich höher steht als 1903, ist ein sehr erfreuliches Zeichen für die steigende politische Reife des sächsischen Volkes. Sie zeigt gleichzeitig, daß die Siege von 1912 schwerer wiegen als die von 1903. Sie sind gesicherter als diese es waren, denn den Gegnern blieben keine nennenswerten Reserven mehr, nicht mehr jene Sturmkolonnen Indifferenter, die auf den wüsten Trommelschlag irgendeines blöden, national aufgepuzten Nummels hinter dem Ofen hervorstrühen, um durch Niederstimmen der Sozialdemokraten das Vaterland zu retten.

Diese Spezies ist jetzt bis zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft. Die Schichten, die der Hottentottenschwindel aus dem politischen Schlafe erweckte, sind nicht wieder eingeschlafen. Und so darf denn auch die Sozialdemokratie stolz behaupten, daß sie diesmal ihre Siege gegen die ganze Macht der Gegner erkochten hat, daß ihre Stellung heute fester gegründet ist als 1903.

Die Statistik weist nach, daß die Sozialdemokratie jetzt 48,60 Prozent der Wahlberechtigten umfaßt, 1907 machten ihre Wähler nur 43,34 Proz. der Wahlberechtigten aus, 1903 war der Prozentfaktor 48,55. Der jetzige steht also noch um ein kleines höher als selbst der von 1903. Nun zeigt freilich ein Prozentfaktor von 48,60 noch nicht die Mehrheit der Wahlberechtigten an. Aber zieht man die Verstorbenen, Schwerverkrankten und Verzogenen ab, so ergibt sich, daß die Sozialdemokratie Sachsens nahe daran ist, die Mehrheit der Wahlberechtigten zu werden oder daß sie es womöglich schon ist.

Von der festen Stellung, die die Sozialdemokratie in Sachsen errungen hat, von dem Einfluß und der erzieherischen Arbeit ihrer Organisation und Presse redet ferner die Tatsache, daß auch in sogenannten bombensicheren Wahlkreisen ein hoher Grad der Beteiligung festzustellen ist. So gingen in dem Wahlkreise Leipzig-Land, wo Genosse Geyer mehr als 30 000 Stimmen Mehrheit hat, 88,33 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne, in Stollberg-Schneeberg, wo der Genosse Schöpflin erst knapp vor dem Wahltermin mit Ach und Krach noch einen Gegenkandidaten bekam, 86,12 Prozent, im Wahlkreise Glauchau-Meerane, wo Genosse Wolkenbühr beinahe Zweidrittelmehrheit erzielte, 87,72 Prozent. Und im Wahlkreise Dresden-Land, wo Genosse Horn selbst im Hottentottjahre 1907 noch über 7000 Stimmen Mehrheit hatte, diesmal über 13 000, wurde gar eine Wahlbeteiligung von 91,65 Prozent erzielt.

Fest gegründet steht also der rote Sieg des 12. Januar in Sachsen. Und die sächsischen Genossen werden ihre jetzige Stellung nicht nur zu behaupten wissen. Vorerst aber dürfen sie sich mit hoher Befriedigung sagen, daß diese Stellung den Vergleich mit der von 1903 nicht zu scheuen braucht.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Die Nationalliberalen fallen um!

Die nationalliberale Reichstagsfraktion erläßt folgende Erklärung:

„Die nationalliberale Fraktion ist, wie aus ihren Reihen in der Sonntagsnummer der „Nationalliberalen Korrespondenz“ dargelegt wurde, bei der Frage des Reichstagspräsidiums davon ausgegangen, daß sie weder ausschließlich mit der Rechten, noch ausschließlich mit der Linken ein Präsidium bilden könne. Diesem Standpunkt entsprechend ist am 9. d. M. ein Präsidium gewählt worden, das nach Ansicht der Fraktion als ein reines Geschäftspräsidium deswegen am ehesten arbeitsfähig war, als in ihm die beiden stärksten Parteien des Reichstags vertreten waren. Der Entschluß des Herrn Spahn, aus diesem Präsidium auszuschcheiden, hat die Sachlage so verändert, daß die nationalliberale Partei sich

nunmehr außerstande sieht, sich an diesem Präsidium weiterhin zu beteiligen. Deswegen hat Prinz Carolath es abgelehnt, für den freigewordenen Posten des ersten Präsidenten zu kandidieren, und die Fraktion hat Herrn Dr. Paasche ersucht, das Amt des zweiten Vizepräsidenten niederzulegen.“

Einige Stunden, bevor diese Erklärung herauskam, hatte das im Dienste des schwarzblauen Blocks stehende offizielle Wolff-Bureau folgende Drohnote verbreitet:

„Die Vorgänge bei der Präsidentenwahl im Reichstage haben zu einer freien Besprechung nationalliberaler Vertrauensmänner aus dem Reiche geführt, die gestern unter Teilnahme einer Reihe von Abgeordneten stattgefunden hat. Von der Versammlung wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen: „Ernfte Nachrichten aus verschiedenen Landesteilen lassen erkennen, daß dort über die Haltung, die ein Teil unserer Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl eingenommen hat, starke Verstimmung herrscht und daß zweifellos die Gefahr überreifer Entscheidungen vorliegt. Unter dem Ausdruck unseres vollen Verständnisses für jene Verstimmung möchten wir die dringende Mahnung an alle unsere engeren Freunde richten, gerade im gegenwärtigen Augenblick unter allen Umständen bei der alten Fahne zu bleiben. Nur wenn alle treuen Verehrer der bedingungslos nationalen ruhmvollen Überlieferungen unserer Partei geschlossen in der Partei ausharren, können wir über die jetzige Krise hinweg zu einer Gesundung auch der Verhältnisse im Reichstage zurückgelangen.“

Der Druck, dem die Nationalliberalen von den verschiedenen Seiten ausgeübt waren, war so stark, daß die Fraktion in die Knie gezwungen wurde und nun — ein Bild vollendeter Ratlosigkeit — in dem ganzen Chaos hin- und hergeworfen wird.

Was nun? Die heutige Sitzung des Reichstages wird natürlich sofort wieder vertagt werden. Mittwoch ist Präsidentenwahl. Die Nationalliberalen scheiden aus, die Rechte mit dem Zentrum will weiße Stimmzettel abgeben, die Entscheidung liegt dann bei Fortschrittler und Sozialdemokraten! Als Präsidenschaftskandidat wird Herr v. Payer, der Präsident des württembergischen Landtages genannt. Außerdem taucht die Kandidatur des Grafen Posadowsky wieder auf. Die ultramontane „Märk. Volksztg.“ kündigt bereits an, daß der Reichstag aufgelöst werde, wenn es nicht bald gelinge, ein Präsidium zu bilden. Also ein Durcheinander, wie es schlimmer nicht mehr ausgedacht werden kann.

### Konservative Anträge.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat eine Reihe Anträge eingebracht, an der Spitze steht der Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk. Der Antrag verlangt Einsetzung von Gutachterkommissionen; für die Beurteilung des Charakters des neuen Großhandwerkes sollen folgende Grundzüge maßgebend sein:

Betriebe größeren Umfanges, auch wenn sie mechanische Triebkräfte und Werkzeugmaschinen benutzen, gelten im Zweifel dann als Handwerksbetriebe, wenn die Art ihres Betriebes die vorwiegende Beschäftigung von Personen erfordert, die in mehrjähriger Lehrzeit die grundlegenden Kenntnisse und Fertigkeiten zur kunstgerechten Ausführung der in ihrem Gewerbe vorkommenden Arbeiten erworben haben, so daß sie instande sind, auf Grund dieser erlernten Tätigkeit ein selbständiges Gewerbe betreiben zu können.“

Weiter wird beantragt, bei Submissionen der Reichsbehörden den Zuschlag nur zu einem „angemessenen Preise“ zu geben; die Konzeptionspflicht für Wanderlager einzuführen und die Erteilung der Erlaubnis von der Bedürfnisfrage abhängig zu machen; den § 100 q der Gewerbeordnung, der den Annungen Preisfestsetzung für Waren verwehrt, aufzuheben.

Weiter wird der Reichskanzler ersucht, mehr kleine Garnisonen zu schaffen und besonders solche Städte, die früher schon einmal Garnison hatten, zu berücksichtigen; alljährlich den Militärlandern einmal freie Eisenbahnfahrt, unter Benützung von Schnellzügen, zu gewähren; Ernteurlaub in größerem Umfange, soweit dies mit den dienstlichen Interessen vereinbar ist, zu bewilligen; alljährlich nur einmal Kontrollversammlungen abzuhalten; Ernteschäden und sonstige Schäden, die durch militärische Übungen verursacht werden, schneller abzuschätzen; eine Erhöhung des Servisgeldes für Pferde herbeizuführen.

Endlich wird der Reichskanzler ersucht, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen zur Regelung der Unfallfürsorge für die bei Rettung oder Bergung













